



# Die Verpumpfung des politischen Kampfes.

Von  
**Dr. Gertrud Bäumer, Mitglied des Reichstags.**

mit sich gebracht, daß die bestehende Privatgesetzgebung für die Regelung dieser Frage nicht ausreicht und ein neues Recht geschaffen werden muß.

Der von der Regierung eingebrachte Gesetzentwurf, über dessen Einzelheiten man verschiedener Meinung sein kann, bildet im allgemeinen eine geeignete Grundlage für eine gerechte Lösung des Problems. Er verhindert, daß anderes Vermögen als das reine Privatvermögen in den Händen der Fürsten bleibt. Durch die Beschlässe, die in der letzten Woche im Reichsausschuß des Reichstags gefaßt sind, ist der Gesetzentwurf in wesentlichen Teilen verbessert. So kann man schätzen, daß er von den Forderungen des Hohenzollern-Faules etwa ein Fünftel erfüllt ist und gegenüber dem von der preussischen Regierung gefaßten Beschlusse eine zweifache Milderung bewirkt. Daß er die Wahl der Richter nicht dem Reichstag, sondern der Reichsregierung überläßt, ist schon deswegen notwendig, weil sonst ein Teil der Richter aus den jesuitischen Kreisen der katholischen Parteien entnommen werden würde. Daß der Entwurf sich auf abgeschlossene Vergleiche nicht erstreckt, liegt fast durchweg im Sinne der beteiligten Landesregierungen, auch solcher, die aus Mitgliedern republikanischer Parteien zusammengesetzt sind.

Die sozialdemokratische und die deutsche nationale Reichstagsfraktion haben das Zustandekommen des Gesetzes verhindert und damit die Interessen des deutschen Volkes schwer geschädigt. Ihre Schuld ist es, wenn nach Ablauf des Sperrgesetzes, das nicht ewig verlängert werden kann, die Gerichte über Fragen zu entscheiden haben, die nicht jüdisch, sondern nur staatspolitisch geregelt werden können. Ihre Schuld ist es, wenn jetzt der leidenschaftliche Kampf im deutschen Volke weitergeführt wird.

Keine Reichstagsauflösung vermag zwei Drittel des deutschen Volkes auf eine radikale Lösung, wie sie die Sozialdemokratie wünscht, zu vereinen. Der Kampf wird nicht um der Sache, sondern um der Agitation willen weitergeführt.

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die über die preussische Landtagsfraktion und über die Minorität der Reichstagsfraktion den Sieg davongetragen hat, hat auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der versöhnlichen Parteien keinerlei Rücksicht genommen. Sie trägt die Verantwortung dafür, wenn heute in den Kreisen der unentwegten Reichsparteien Zübel und Verungung herrschen. Sie trägt die Verantwortung auch dafür, wenn der Glaube an die Leistungsfähigkeit des parlamentarischen Systems erschüttert wird und wenn sich heute die Luft zwischen der Sozialdemokratie und den anderen republikanischen Parteien zu vertiefen droht.

**Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei.**  
Koh. Eckelenz, Führer. Bäumer.

Die sozialdemokratische Presse sucht den Abgleichsbeschluss ihrer Fraktionsmehrheit zu verteidigen. Die Art der Verteidigung ist schwach und fast nichtig. Die sozialdemokratische Presse wird bei objektiver Betrachtung das Vorgehen der Fraktionsmehrheit als einen unentschuldbaren Fehler bezeichnen müssen. Es dürfte keinesfalls soweit kommen, die Deutschnationalen von der Verantwortung für das Scheitern des Gesetzes zu befreien. Dant der Haltung der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit sind die Deutschnationalen in diese glückliche Lage gekommen. Die Minorität der sozialdemokratischen Fraktion, zu der auch Löbe und Hermann Müller gehören, war durchaus bereit, für das Gesetz zu stimmen. Auch die sozialdemokratische preussische Landtagsfraktion neigt ihrerseits die Lage anders an, als der Vorwärts und andere sozialdemokratische Blätter.

## Aus Parlamenten und Parteien

### Die Politik des Hamburger „Freundenblatt“.

In der Reichspresse wird seit einigen Monaten behauptet, daß in Hamburg eine starke Opposition gegen die Politik der demokratischen Partei existiere, die ihre Fäden über das ganze Reich habe. Diese Behauptung ist lauter Schwindel. Die Ortsgruppe der Deutschen Demokratischen Partei in Hamburg steht geschlossen hinter der Reichsparteileitung. Opposition macht nur das angeblich demokratische Hamburger „Freundenblatt“. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei hat nimmermehr eine öffentliche Erklärung erlassen, in der es u. a. heißt:

Die Leitung der Partei hat auf die politische und wirtschaftliche Einstellung des „Hamburger Freundenblatt“ keinerlei Einfluss. Das „Hamburger Freundenblatt“ legt Wert darauf, selbständige Politik zu machen und will demgemäß gar nicht als demokratische Zeitung betrachtet sein. In der Abnommentempfehlung vom 24. Juni d. J. betont der Verlag ausdrücklich, daß das „Hamburger Freundenblatt“ jeder Partei ohne Bindung gegenüberstehe. Der Vorstand muß daher an die Parteifreunde und Anhänger die Bitte richten, die Einstellung des „Hamburger Freundenblatt“ unter den Gesichtspunkten zu betrachten und die Stellungnahme der genannten Zeitung nicht im Zusammenhang mit der Haltung der Deutschen Demokratischen Partei zu beurteilen.

### Koalitionspolitik der Deutschen Volkspartei.

Wie aus der jetzt veröffentlichten Uebersicht hervorgeht, haben bei der Schlussabstimmung über das Reichsnachwahlgesetz 51 Mitgliedern der Deutschen Volks-

dem nachstehenden grundsätzlichen Auflass der demokratischen Führer mit großer Freude entgegen. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen ergötze Bedeutung zu.

Der günstige unpolitische Sinn des deutschen Volkes zeigt sich vielleicht an keiner Stelle so trostlos deutlich wie in Ton und Inhalt der politischen Polemik. Je weniger Niveau der politische Kampf bei uns hat, um so mehr geht er ins platt Persönliche. Unklarheit der politischen Gehaltengänge und Gormlosigkeit des politischen Vorgehens gehen Hand in Hand. Und auch darin zeigt sich der allgemeine Mangel an Augenmaß und Stillsitzigkeit für den politischen Kampf, daß man garnicht daran denkt, daß im parlamentarischen System der politische Gegner von heute morgen der Repräsentant der Staatsobohheit sein kann und daß eine Polemik ohne persönliche Achtung das Parlament herunterwirtschäfte und dem Staat ins Fleisch schneidet.

Als wir unmittelbar nach der Revolution noch im Schatten uneres tragischen Schicksals standen, war auch bei den Gegnern der Republik einerseits das Gefühl der Mitverantwortung für den Zusammenbruch, andererseits das Bewußtsein der Volksgemeinschaft des Unglücks noch stark genug, um den Ton des lässlichen Kampfes durch das Bestreben zu mildern, auf dem Gegner gerecht zu werden. Und ebenso stark war das Bewußtsein, daß es sich um große kontraktive Fragen des Staatslebens handelte, bei denen ganz von selbst jede Anschauung über Feinde und persönliche Dinge hinaus eine gewisse Objektivität genann. Und daraus erwuchs dann auch die gesetliche Achtung in den persönlichen Dingen. Uns allen ist doch die vornehme Sachlichkeit in Erinnerung, mit der neuerzeit Clemens Delbrück als Führer der Deutschnationalen in der Nationalversammlung den Dienstantritt des demokratischen Minister Koch begrüßte, in dem er einen Vertreter der besten Tradition des deutschen Beamtenums ausdrückliche anerkannte.

Das ist leider ganz und gar vorbei. Der Kampf ist zunehmend kleinlicher und gehässiger geworden. Vor allem auch der Kampf der Rechten gegen die demokratische Partei und ihren Führer. Dabei ist es charakteristisch für die Strupplosigkeit und Gedankenlosigkeit dieser Polemik, daß sie je nach der politischen Saison kommt und verschwindet. Als im Januar Koch die Regierungsbildung durch freiwilligen Eintritt von einer nicht von ihm, sondern von der Partei erstrebten Ministerkandidat zu ermöglichen, da gab ihm die „Kölnische Zeitung“ das Zeugnis, daß er die Sache über die Person stelle, und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erkannte an, daß er „durch seine vornehme Haltung ganz beizutragen habe, den Parteikampf zu entzünden“. Dieses Zeugnis hindert aber die gleiche Partei nicht, die Auseinandersetzungen über den Hindenburgischen Flaggenschand, den Sturz Luthers und die Züfzenabfindung wiederum mit den Mitteln persönlicher Disprezierung zu führen. Und das Signal der führenden Zeitungen mobilisiert die noch sehr viel struppellose Meute der Provinz. Das Ergebnis ist statt einer jählichen Auseinandersetzung eine gemeine persönliche Injurie.

Das Schlimme ist, daß in diesem Verfahren Methode liegt. Der Spießbürger verleiht politische Motive schwer, aber wenn man ihm sagt, daß alles Ehrgeiz und Rachsucht sei, so wird es in seiner Seele heftig, da kann er mit, das leuchtet ihm ein. Und diese seine Anempfindlichkeit für politische und Selbstbürgerei für persönliche Motive ist eine ständige Versuchung für eine Presse, die sich dafür nicht zu gut ist, auf diese Intinzie zu spekulieren.

Die Aufgabe, die der demokratischen Partei seit den Tagen von Weimar obliegt und in deren Erfüllung ihre Effizienzberechtigung besteht, ist in letzter Zeit von zwei Seiten her so erschwert, daß es kein Wunder ist, wenn auch das Verständnis der Wähler für diese Aufgabe sich teilweise verdirrt. Sie ist erschwert durch die Sozialdemokratie, die sich ihrer Verantwortung für die Republik entzieht, um eine ihrer Wählerfragen verständlichere, aber praktisch gänzlich unzugängliche proletarische Klassenpolitik zu machen. Manchmal sieht es jetzt fast so aus, als stelle die Sozialdemokratie wie in früheren Jahrzehnten ihre Kritik nur darauf ein, zunächst durch eine verantwortungslose Demagogie die Unzufriedenen aus allen Lagern zu sammeln. Es lassen sich aus den letzten zehn Monaten — angefangen von der Ausweisung der Aufwertungsfrage — viele Beispiele dafür zeigen, und es scheint, als ob jetzt die Züfzenabfindung und die bevor-

partei 12 gefaßt, 22 haben mit mein gestimmt, und nur 17 Mitglieder der Deutschen Volkspartei haben eine Ja-Stimme abgegeben. Das ist gesehen, trotzdem das Zentrum, die Demokraten und die Bayerische Volkspartei, letztere mit drei Stimmenhaltungen, reiflos mit „Ja“ gestimmt haben. Das ist weiter gesehen, trotzdem sich bei den Kompromißberatungen, die zwischen der zweiten und dritten Sitzung in der Reichskammer stattgefunden haben, die Deutsche Volkspartei am stärksten für das Kompromiß eingelebt hat. Daß die Deutsche Volkspartei bei dieser Abstimmung Koalitionszuspätkunft gezeigt hat, kann man dem besten Willen nicht behaupten. Die Haltung der 22 volksparteilichen Abgeordneten beweist so recht deutlich, wie wenig loyales Verständnis in dieser Partei vorhanden ist. **Arbeiter merkt Euch das!!!**

### Kein Vergleich zwischen Preußen und den Hohenzollern.

In einer ganzen Anzahl von Blättern wird erneut mitgeteilt, daß in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen Preußen und den Vertretern des Hohenzollernhaus-

stehenden handelspolitischen Entscheidungen weitere Beispiele hinzuzufügen werden. So scheidet sich die Sozialdemokratie selbst als Stütze der Republik aus, und die staatspolitische Renaufgabe bleibt an dem republikanischen Bürgerum hängen.

Je mehr aber auf der einen Seite die proletarische Klassenpolitik die Staatspolitik verdrängt, desto mehr nimmt auf der anderen die pejissich „bürgerliche“ anstelle der staatspolitischen Betrachtung überhand. Diese beiden Ströme drohen ständig die demokratisch-republikanische Aufbauarbeit zu überfluten. Und die demokratische Partei steht, solange es ihr nicht gelingt, ihren eigenen politischen Boden durch Vereinigung der Kräfte von rechts und links zu verbreitern — die Große Koalition mit entschiedenen republikanischer Tendenz — in den Augen der Wähler scheinbar stets vor der Wahl, entweder für den „Bürgerblock“ oder vor dem „Nachlaufen hinter der Sozialdemokratie“.

Man könnte sich auf den Boden stellen, daß dieser Unsicherheit einmal durch eine Entscheidung nach rechts oder nach links ein Ende gemacht werden muß, und diejenigen Kreise der Partei, die sich lieber mit dem vorstehenden Wort „liberal“ als mit dem entschlossenen „demokratisch“ feneingehören, sind gerade zur Zeit wieder eifrig bemüht, dafür zu sorgen, daß die Waagsale sich nach rechts lenkt. Charakteristisch dafür, wie auch im übrigen für die Verpumpfung des politischen Kampfes, ist ein bezeichnender Auflass der „Berliner Arbeiterzeitung“ vom 24. Juni, dessen Verfasser zu feige ist, alle die persönlichen Anwürfe gegen die Führer der demokratischen Partei mit seinem Namen zu bedecken.

Man könnte — heucheltisch — die Entscheidung, die hier einmal wieder verhängt wird, als eine Aufreinerung begrüßen, wenn nicht doch praktisch die Sache so läge, daß auf Grund jeder politischen Ergrübelung der letzten Jahre, auf Grund aller wirtschaftspolitischen, außenpolitischen und staatspolitischen Lebensbedingungen des deutschen Volkes die Rolle der demokratischen Partei als Brücke zwischen Sozialdemokratie und demokratisch-liberalen Bürgerum (Vocarno-Politik) und wirtschaftspolitischen Gegenläufigen (Handelsverträge) innerhalb des Bürgerum nur die Große Koalition die Möglichkeit einer einigermaßen stetigen Linie gibt. Die demokratische Partei, die den Kern dieser einzigen leistungsfähigen Mehrheitsbildung darstellt, muß imstande sein, in sich selbst die mehr „bürgerlich-liberalen“ und die mehr demokratisch-sozialen Elemente zusammenzuhalten. Wer diese ihre Kraft aus bourgeoiser Engbürgerei zu untergraben oder aus Verneinung der dauernden Schwierigkeit wie der staatspolitischen Bedeutung dieser Aufgabe zu distretieren versucht, der gefährdet kurzfristig die einzige Möglichkeit, in Deutschland zu einer leistungsfähigen Mehrheit zu kommen.

Wir danken es dem Führer der demokratischen Partei, daß er, unangefochten durch die persönlichen und sachlichen Einwendungen, die Verantwortung der demokratischen Partei gegenüber der Republik resolut festgehalten hat. Nur dadurch ist es möglich, den Teil der Wähler festzuhalten, in denen die eigentliche moralische Kraft der Partei liegt; nämlich die von der staatspolitischen Aufgabe durchdrungenen, die von dem Glauben an den Volkstakt erfüllt sind, die den eigentlichen Willen der Partei vertrittenden, Anmüßig, gerade diese durch irgend einen Opportunismus in dem Vorhinein des Hindenburgischen Frage ganzlos zu befrachten, unmöglich, sie in der Frage der Züfzenabfindung nur und ausschließlich dem Standpunkt des bürgerlichen Privatigentums unterwerfen zu wollen, ohne Rücksicht darauf, daß es sich hier auch um eine republikanische Nachfrage handelt. Der Erfolg einer Politik, die für den politischen instinktiven Wähler, der Verteidigung seiner allernächsten wirtschaftlichen Interessen und seiner gesellschaftlichen Sentiments nicht schwer verständlich ist, kann der Natur der Sache nach erst in der Herbeiführung der Großen Koalition hervortreten. Die Probezeit ist durch die Verantwortungslosigkeit der Sozialdemokratie und die Unentschlossenheit der Volkspartei reichlich lang geworden — zu lang für die Einsicht und die Kräfte mancher Parteifreunde. Uns nachdrücklicher muß allen Anhängern und Fluchverhörigen gegenüber immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es wahr scheinlich unbegreiflich wäre, wenn die demokratische Partei nicht in voller Kraft und Zahl durch das Ziel ginge, dem die deutsche Politik trotz aller ungelösten Fragen heute doch wohl näher ist als je.

es geführt worden seien, mit dem Zweck, einen neuen Vertrag herbeizuführen. In anderen Blättern wird gesagt, daß zum mindesten die Möglichkeit gegeben sei, durch einen neuerlichen Vergleich zwischen dem Preussischen Staat und dem Hohenzollernhaus auf der Grundlage des Regierungsentwurfes einen Vergleich abzuschließen, der dem Kampf um die Reichstagsentscheidung ein ganz anderes Gesicht geben würde.

Was den tatsächlichen Sachverhalt betrifft, so wird nochmals von zuständigen Stellen daraußingewiesen, daß bisher keinerlei Verhandlungen über einen neuen Vergleich geführt worden sind oder daß bestimmte Anregungen zu solchen Verhandlungen gegeben wurden.

Reichs- und Landesfarben in den Schulen. Wie der „Amtliche Preussische Preßedienst“ einer Mitteilung des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die Provinzialschulkollegien und Regierungen entnimmt, ist es an Schulfesttagen den Schülern und Schülerinnen gestattet, die verfassungsmäßig an Reichs- und Landesfarben in der Schule zu tragen,

Schnelle Hilfe.

Für die durch die Hochwasserkatastrophe geschädigten hat das Reich 5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Wie der 'Demokratische Zeitungsdienst' mitteilt, hat der Reichsminister des Innern Dr. Kütz nach in gleichen Tagen, an dem diese Summe bewilligt worden ist, die entsprechenden Beträge angewiesen, damit die von den Hochwasseropfern betroffenen Länder die Hilfsfron durchführen können. Der ansehnliche Schaden der von dem Unglück betroffenen Gegend läßt sich naturgemäß erst in einer späteren Zeit vollkommen übersehen.

Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei. Wie die 'Königsberger Gartenlaube' Zeitung' mitteilt, ist der hiesige Großgrundbesitzer Graf Heinrich Dohna-Schloien (Mahlitz), der Bruder des 'Wäde'-Dohna, wegen der Haltung der Partei in der Frage der Fürstenabfindung aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten.

Einig und Jetzt!

Eidbrecherische Beuante. Ein Leier der 'West am Sonntag' sendet folgende Verleumdung aus dem Munde des 'Türmers' vom März 1912:

Der konterparatistische Minister von Dalmwig stellt sich im reußischen Abgeordnetenhaus hin und erklärt: 'Ein Beuante, der seinem Landesherren den Treueid geleistet hat, nicht diesen Eid (sehr richtig) rechts in dem Augenblick, in dem er mittelbar oder unmittelbar die Bestrebungen einer antimonarchistischen Partei zu fördern unternimmt. Sehr richtig rechts). Wenn ein Beuante noch Gefühl für Ehre, Ansehen und Gewissen hat, so wird er in dem Augenblick, wo er glaubt, sich der Sozialdemokratie anschließen zu müssen, durchaus die Konsequenzen ziehen und aus seinem Amt ausscheiden. (Braud! rechts). Tut er das nicht, dann wird er zum Eidbrecher und Heuchler! Braud! rechts). Das kann nicht geduldet werden.' 'Was? Das war es bis 1918. Und heute? Die Deutschnationalen müssen am liebsten für solche 'Eidbrecher und Heuchler' der Republik gegenüber das Monopol aller hohen Beamtenstellungen haben. Die Konterparatisten und konsequente Männer, das muß man ihnen lassen.

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

Das bekannte Gesellschaftshaus 'Neuer Schwan', Leipzigerstraße 45d, ist nach vollständiger Renovierung wieder in Betrieb gesetzt. Am 11. Juli jeden Sonntag a großer Gesellschaftsball. Wir bitten, die Anzeige in der heutigen Nummer zu beachten.

Dank an die Magdeburger Pioniere.

Der Regierungspräsident hat an den Kommandeur der Pioniere, die bei den Hochwasseropfern mit aller Kraft Hilfe geleistet haben, folgendes Dankschreiben gerichtet: 'Was von mir zur Hilfeleistung beim Hochwasserwettbewerb herangezogen, bestimmande des Pionierkorpsballons hat unter dem Befehl des Oberleitnants Bräuer ich durch seine Lädtigkeit in hervorragendem Maße ausgezeichnet, insbesondere bei dem Ziel-Zumbruch im Etscheldich am 21. Juni durch sein schnelles attraktives Eingreifen wesentlich dazu beigetragen, eine rasche Wiederherstellung der Ueberflutung zu bewirken. Dafür bitte ich Herrn Oberleutnant Krüger und seinen braven Mannschaften den Dank und Anerkennung der Staatsregierung auszusprechen zu wollen. Hochmann.'

Das Befragen von Dienstwohnungen in städt. Gebäuden. Entsprechend den staatlichen Regelungen über das Befragen von Dienstwohnungen hat der Magistrat in seiner letzten Sitzung beschlossen, auch innerhalb der Stadterwaltung für die Wohnungsinhaber in städtischen Dienstgebäuden eine Hausordnung aufzustellen, nach der in diesen Wohnungen nur dann geflragt werden darf, wenn das Dienstgebäude selbst geflragt wird und nur in ein verfassungsmäßigen Farben.

Die Deutsche Volkspartei gegen die organisierte Arbeiterchaft.

Aus Arbeiterkreisen schreibt man uns: Die Deutsche Volkspartei spielt sich vielfach auf als eine Partei, die objektiv die Interessen der Arbeitnehmer wahrnehme. Wer die Deutsche Volkspartei näher kennt, weiß, daß dies nicht der Fall ist, denn die Deutsche Volkspartei ist eine Partei, die nur die Interessen des Großkapitalismus und der Großgrundbesitzer wahr. Die Interessen aller andern Berufsstände werden von der Volkspartei ganz nebensächlich behandelt. Daß sie dabei die Interessen der Arbeitnehmer gar und unter den Tisch fallen läßt, ist eine Folge der kapitalistischen Interessensverteilung.

Die Arbeitnehmer und ganz besonders die Lohnarbeiter kann man jedoch bei den Wahlen, deshalb verläßt man durch irgendwelche Mittel der Großindustrie, der Volkspartei die Arbeitnehmer zuzutreiben. Das geschieht, indem man die wirtschaftlich abhängige Arbeiterchaft in die gleichen Gewerkschaften preßt. In vornehmster Art nennt die Volkspartei diese forderbare Ständesorganisation 'Nationale Arbeiterbewegung'. Diese soll auch Ansicht der führenden Geister in Magdeburg feste Wurzeln haben. Jeder Arbeitnehmer bei Krupp, Boff der anderen Betrieben kennt diese 'Nationale Arbeiterbewegung'. Sie brauchen nicht näher gekennnt zu werden. Interessant ist nur, daß die Führer dieser Arbeiterbewegung in der Deutschen Volkspartei eine hervorragende Rolle spielen. Da ist der Reichstagsabgeordnete Adams als Hauptsehrer und Herr Verena als Vorkämpfer. Die Gelben verzichten bekanntlich auf ein Streikrecht, sie wollen als friedfertige Arbeitnehmer dem Wege des Gedankenaustrausches ihre wirtschaftliche Lage verbessern. Sie glauben aber, daß diese Interessen schon gegeben ist, als jeder Vaterländische in den

Augen der Unternehmer ein bescheidenes, liebes und angenehmes Kind ist. Deutsche Männer, die ihr Handwerk verheben, die ihre Familie treu und brav ernähren wollen, die gewöhnt sind, in geordneten Verhältnissen zu leben, die verzichten auf diese Lieblinge. Sie gehören einer modernen Arbeiterorganisation an, die auch im äußersten Notfalle von dem § 152 der Gewerbeordnung Gebrauch machen. Jeder rechtlich denkende Arbeitnehmer kann einer Partei, die systematisch die Gelben fördert, pflegt und groß zu ziehen verläßt, keine Gefolgschaft leisten. Eine solche Partei kann auch nicht als liberale Partei angesehen werden. Die Zeit und Stunde kommt, wo auch die Betrogenen, die sich heute von der Volkspartei führen lassen, zur Einsicht kommt. Schon heute hört man von diesen 'mohlenen Kindern' die Bemerkung fallen, wir können nicht anders handeln, sonst werden wir entlassen. Ein Beweis, daß nur die große wirtschaftliche Not diese Arbeiter in die unterirdischen Verbände und somit in die Volkspartei führen.

Tangermünde. (Die neue Elbbrücke). Der Provinzialausschuß hält den Bau einer Elbbrücke, die den Kreis Jerichow mit der Uckermark verbindet, für erforderlich. Er schlägt dem Landtag die erforderliche finanzielle Unterstützung des Unternehmens vor, sobald es möglich ist, zu angemessenen Zinssätzen für diesen Zweck eine Anleihe anzunehmen. Die Baukosten werden auf etwa 5 Mill. Mark geschätzt. Mit Rücksicht auf die Interessen der Stadt Tangermünde sowie der Elbfischerei, des Straßen- und Kleinbahnverkehrs kann die Provinz nur das Projekt Tangermünde, nicht aber das Projekt Jämerden fördern.

Voraussetzung der Provinz ist eine Sicherung der Finanzierung des geplanten Unternehmens durch die beteiligten Stadt- und Landgemeinden sowie die interessierten Reichs- und Staatsstellen, ferner die Aufstellung eines geodätisch einwandfreien Projektes und die Verheißung der erforderlichen staatlichen und sonstigen Genehmigungen. Der Landesbauplann wird mit der Klärung dieser Frage beauftragt.

Parteinachrichten

Bezirk Halle.

Vertauschte Rollen.

Halle. Die in Halle erscheinende sozialdemokratische Presse schrieb am Tage nach dem ablehnenden Votum ihrer Reichstagsfraktion zum Fürstenabfindungscompromiß:

'Als unsere Fraktion den Beschluß sah, mit Nein zu stimmen, hat sie zwar mit einer solchen Entscheidung des Kabinetts nicht gerechnet. Aber wir stellen mit Befriedigung fest, daß unter dem Einfluß unseres Druckes die Bahn für eine neue und bessere Lösung des Abfindungsproblems frei gemacht worden ist.'

Dieses Zeugnis über die politische Urteilskraftigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist in der hier angegebenen Verallgemeinerung nicht zutreffend. Es hat doch eine Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneten gegeben, die genügend Weitsicht besaßen, um die Entschlossenheit, die genügend Weitsicht besaßen, um die Entschlossenheit der Dinge vorauszusehen. Die Befestigung dafür ist ja unter offener Namensnennung in der großstädtischen Presse erfolgt. Aber ebenso unerkennbar bringt die sozialdemokratische Provinzpresse die Befestigung dafür, daß sie und die ihr ablehnenden Mehrheit gehörenden Genossen wirklich erstaunt darüber sind, daß man bei der Auflösung eines Parlamentes ein bestimmtes Ziel für eine künftige Zusammenlegung im Auge haben muß. Es wird in politisch interessierten Kreisen nicht viel Leute geben, die an ein solches Maß politischen Geistes der gegenwärtigen Regierung glauben, aber daß sie einen Reichstag auflöst, in dem Deutschnationale und Sozialdemokraten, wenn auch aus verschiedenen Beweggründen, gemeinschaftlich eine Regierungsvoelage ablehnen, das als ihre Regierungsweise anzunehmen, heße ihr Uebermaß an Hum.

Aber ganz abgesehen von dieser Sachlage! Hat man denn in der sozialdemokratischen Provinzpresse und in der

Mehrheit der Reichstagsfraktion jedes Empfinden für die 'prachtvolle' Lage verloren, in die der deutchnationale Partei führe seine Fraktion hineinmanövriert hat? Zum zweiten Male seit dem Londoner Abkommen stand diese vor einem 'Entweder — Oder' von einer für die Fraktion und die gelamte Partei geradezu vitalen Bedeutung. Entweder sie trug allein die Verantwortung für die Reichstagsauflösung und bekam dafür die Quittung, oder sie blamierte sich abermals und in einem Ausmaße, das nicht nur ihre politische Zweideutigkeit entblößt sondern auch ihre angebliche 'Mannentreue' und ihren 'Opfermut' für einmalig getränkte Häupter dem öffentlichen Gespött preisgegeben hätte.

Daß die Deutschnationalen diesen Abdruck losgeronnen sind, danken sie einzig und allein dem sozialdemokratischen Mehrheitsbeschluß. Dieser aber, das darf man mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen, hat zum wesentlichen Teil seine Ursachen in einer sozialdemokratischen Preisungsfrage, für die das Verhindern etwaigen Absehens von Votern in das kommunistische Lager oder die Gewinnung von Anhängern aus demselben das Fazit des politischen Denkens bildet. Es ist leider so: Unter der alten Staatsform hat die Sozialdemokratie von ihrem — der Ausdruck ist ja parlamentarisch geworden — Schwenkglück sprechen können. War sie infolge innerer Gemüthslosigkeit in der Politik — und das geschah mehrmals — dann halfen ihr die Konventionen oder die Preisungsfrage durch irgendeine kapitale Dummheit wieder heraus. Der alte Bebel konnte das auf den sozialdemokratischen Parteitag oft genug feststellen. Jetzt hat man die Rollen vertauscht. Sind die Deutschnationalen in einer politischen Sadgalle, dann macht ihnen die Sozialdemokratie in einer geradezu krankhaften Besorgnis vor etwaigen linksabiralen Untermelungen ein Türchen auf. Und Graf Belpas und Genossen quittieren diesen Dienst mit verständnisvollem Schmunzeln.

Bisher haben die Folgen von solchen Vorgängen auf die Haltung der Sozialdemokratie keine ändernde Wirkung ausgeübt. Die politisch weitsichtigen und wirklich führenden Männer in ihr konnten sich nicht durchgehen. Diesmal scheint allerdings nach dem oben stierierten Szenen der sozialdemokratischen Presse die Verberückung über das Angegriffene eine ziemlich harte und offene zu sein. Auch die Auffassung, daß schon durch die Verlängerung des Fürstenperplexes die Bahn für eine bessere Lösung frei sei, zeigt eine bisher ungewohnte Bescheidenheit in der Beurteilung politischer Ziele. Wieviel kommt allmählich doch die Erkenntnis dafür, daß man Republik und Republikanierung der Verwaltung nicht durch Drüderschwärze und durch Worte allein sicher stellen und herbeiführen kann, sondern, daß man in das Regierungs-schiff hineinpringen und die Verantwortung für die Ausrichtung übernehmen muß. Dasselbe gibt für das wirtschaftspolitische Gebiet. Auch hier ist den Deutschnationalen Jollpolitikern dadurch, daß die Sozialdemokratie sie aus der Verlegenheit in der Fürstenabfindungsfrage herausgehoben hat, der Ramm mächtig geschwollen. Und es entspricht nicht den Tatsachen, wenn die sozialdemokratische Presse die Verantwortung für das Scheitern einer weiteren Milderung der Follzüge von der Partei ablehnen möchte. Sie trägt vielmehr einzig und allein die volle Schuld für die bereits wieder in Aussicht liegende Vertiefung wichtiger Lebensmittel. Denn auch dem politisch wenig Unterrihteten wird es klar sein, daß die Regierung in demselben Moment, in dem sie bei einer innenpolitischen Aktion gegen die Deutschnationalen, wie sie das Fürstenabfindungs-Kompromiß darstellte, von der Sozialdemokratie im Stich gelassen wird, von neuem und zwar auch wirtschaftspolitisch einem härteren Rechtsdruck ausgelegt sein muß. Gegen diese Logik helfen alle späteren Besöhnigungs- und Bemäntelungsveruche nichts. Der Schaden ist bereits da. Und wenn man die Abgesordneten aus dem Lande immer nur eine Taktik-Parole mit auf den Weg gibt, dann wird er noch größer werden. J. Dornschütz.

In alle Mitglieder und Freunde!

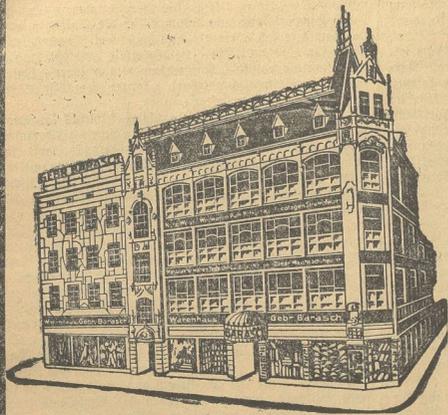
Auf wiederholte Anregungen hat der Gesamtvorstand des Vereines der Deutschen Demokratischen Partei in Halle die Abhaltung einer Verfassungsfeier verbunden mit einem Sommerfest in diesem Jahre beschlossen. Zu dieser Feier, die am Sonnabend, den 14. August, nachmittags 4 Uhr beginnt, stehen uns der prächtige Garten und die schönen Säle des Neumarkt-Schützenhauses zur Verfügung. Zur würdigen Ausstattung der Verfassungsfeier wird der Festausfluß alles in seinen Kräften stehende tun. Auch das Gartenfest soll ein Fest der Freude und der bescheidenen Unterhaltung werden. Der Festausfluß wird es in dieser Hinsicht an nichts fehlen lassen. Aber nur müssen auch unsere Mitglieder und Freunde des Vorabens durch eine rege Beteiligung und durch möglichst frühzeitige Lösung von Eintrittskarten unterstützen. Der Preis ist mit 0.60 Mark zu gestellt, daß er für jeden erstattungbar erscheint. Dazu kommt, daß der Vereine als politische Organisation zu wenig festliche Veranstaltungen begehrt, daß einmal im Jahr, zum Gedenten der Reichsverfassung und der Reichsgründung, 'Schwarz-Rot-Gold' wohl alle Mitglieder und Genußgenossen sehr freimachen und an dem Fest beteiligen können.

Der Festausfluß bittet also hiermit um die Unterstützung jedes Mitgliedes und jedes Genußgenossens. Der Nachmittags gehört den Kindern. Bringt sie uns! Auch sie sollen freudig des Tages gedenten, der uns Erwachsenden ein politisches Symbol bedeutet. Eintrittskarten für Erwachsene zu 0.60 Mark (Kinder sind frei) sind in der Geschäftsstelle, Leipziger Straße 21 und in der Steinlort-Buchhandlung von A. Simonsohn, Gr. Steinstraße 54-55 im Vorverkauf zu haben.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Rudw. Münz, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Hlg. Hg.), Desslitz. J

D. D. P. Halle. Am Sonnabend, den 14. August, veranstaltet der Vereine der D. D. P. in den Räumen des Neumarkt-Schützenhauses (Garten und Saal) eine Verfassungsfeier verbunden mit einem Sommerfest. Gartenkonzert • • Tombola • • Kinderbelustigungen aller Art. Festrede zur Verfassungsfeier. Abends Tanz in Saal. Eintritt 60 Pfennig, Kinder frei. — Beginn 4 Uhr. Die Mitglieder und Genußgenossens werden mit ihren Angehörigen gebeten, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen. Auch die Freunde aus dem Bezirk sind herzlich eingeladen. Eintrittskarten sind in der Geschäftsstelle, Leipziger Straße 21, und in der Steinlort-Buchhandlung von A. Simonsohn, Gr. Steinstraße 54/55, zu haben.

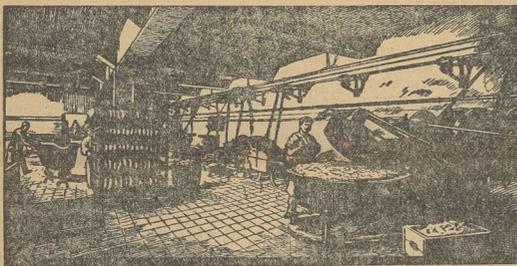
◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆



Besuchen Sie uns bitte während des  
**Saison-Ausverkaufs.**

Wir bieten Ihnen außergewöhnliches.  
**Warenhaus Gebr. Barasch**

**Konsum - Verein für Magdeburg u. Umgeg.** E. G. m. b. H.



**Prima Rinder-Gefrierfleisch**

**Frisches Schweinefleisch**

in allen Lagern.

**Wurstwaren in feinsten Qualität.**

Wir bitten unsere Mitglieder, daß sie ihre Gegenmarken für das Geschäftsjahr 1925/26 bis zum 15. Juli in dem Lager abgeben, wo sie ihre Waren bezogen haben.

**Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“**

Bes. Ad. Thurnagel.

**Ein Ereignis!**  
**Wilhelm im Lichte der Wahrheit.**  
Wir empfehlen das aufsehenerregende Buch von **Emil Ludwig:**  
**Wilhelm II.**  
Statt Erstausgabe 14 Mark  
jetzt ungekürzte Volksausgabe 4.80 Mk.  
500 Seiten. — 21 Abbildungen auf Tafeln. — Ganzleinen. — Gutes Papier.  
Man bestelle sofort.  
**Buchhandlung Volksstimme**  
Magdeburg.

**Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren**  
**B. Wolf's** Belegengeschäfte  
Schwerfgerstraße 14/15.

**J. BORMANN**

Große Münzstraße 2

Koffer :: Reisetaschen :: Damen-Handtaschen :: Befuchtsachen :: Aktentaschen :: Rucksäcke :: Sportartikel sowie andere Geschenkartikel.

**Fernruf 7100**  
**In Trauerfällen**  
**Carl Ebeling**

Hauptwache 8/9 am Alten Markt  
Schrotestr. 26, Wilhelmstadt  
**Särge** Eigene Fabrikate Solide Preise  
**Ueberführungen** m. elg. Leichenautos  
Leichenwäscherin jeder Zeit.

**Wiedereröffnung.**  
Gesellschafts-**haus Neuer Schwan**

Leipziger Str. 45d.  
— 5 Minuten von der Endstation Linie 5. —

**Ab 11. Juli jeden Sonntag**  
**Gesellschaftsball.**

Sämtliche Räume modern renoviert mit neuerbauter geschlossener Glasveranda. — Für Vereins- und sonstige Veranstaltungen halte ich meinen großen Saal und sämtliche Räume bestens empfohlen.

Um gütigen Zuspruch bitten  
**Hans Otto u. Frau.**



Fachmännische Ausbildung von

**Kraftwagenführern**

in der staatl. konz. Privat-

**Auto-Schule BUSCH,**

Prälattenstraße 32. — Fernruf 1122.

Prospr. frei. Erlischt. Zahlungsbed. Eintr. täglich.

**Kriegsbeschädigte!**

Eure wirtschaftliche Interessenvertretung ist einzig und allein der aus republikanischen Boden stehende **Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen.**

Ausreichende Verpflegung und Fürsorge ist sein Ziel, seine Parole: **Nicht Dank, sondern Recht!** Deshalb **Sinein in den Reichsbund!**

Anmeldungen nehmen entgegen:

Gangschäftsstelle Magdeburg, Alte Ulrichstraße 18.

Bezirksgeschäftsstelle Halle, Drianderstraße 10/11.

**Meyer Michaelis**  
Gebr. 1884 Magdeburg Gebr. 1884  
Gr. Marktstr. 16 — Fernspr. 1424

**Edelsteigste Bezugsquelle**  
für Sohle, Oberleder u. sämtliche Schuhmacher-Verdarsartikel

**Saloufen, Nolläden, Fußbodenpolymatten**

Reparaturen, Reparaturmaterial.  
**Saloufenfabrik Schmidt,**  
gegründet 1871.  
Magdeburg, Gelligegäßchen 24, Tel. 922.

**Steinerner Tisch**

Breiter Weg 94

**Tägliche Konzerte**  
Mittags- u. Abendtisch  
im Abonn. 85 Pfg. Gedeck 1,—

**Pandhaus Diesdorf**

Carl Vernecke  
Telephon 3746 — Schattiger Garten  
Jeden Sonntag: **Gesellschaftsball**

**Hohenzollern-Park.**

Jeden Dienstag, Mittwoch,  
Donnerstag von 4 Uhr ab

**Kaffee-Konzert**

mit

**Kleinkunst-Bühne.**

Eintritt frei. Eintritt frei.

**Parkrestaurant Vogelgesang**

berühmt durch seinen uralten Baum  
bestand und durch seine runderollen  
Hofen- und Dohlen-Anlagen, die be-  
deutendsten der Provinz.

Sonntags:

**Gesellschafts-Ball.**

**Salzquelle**

Jeden Sonntag:

**Konzert**

Anschließend

**Tanzkränzchen.**

**Wittes Fleischeri und**

**Speisewirtschaft**

**Privat-Mittagstisch**

Schrotdorfer Straße 5.

**KAVAUMA**

KRANKENKASSE DES  
KAUFMÄNNISCHEN  
VEREINS / GEOR. 1899

**DIE BESTE  
VERSICHERUNG  
GEGEN  
KRANKHEIT**

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preis: 1 Mark. — Abonnement: 6 Mark. — Einzelhefte: 1 Mark. — Anzeigenpreis: Für die erste Spalte 1 Mark. — Zweite Spalte 1/2 Mark. — Dritte Spalte 1/3 Mark. — Vierte Spalte 1/4 Mark. — Fünfte Spalte 1/5 Mark. — Sechste Spalte 1/6 Mark. — Siebte Spalte 1/7 Mark. — Achte Spalte 1/8 Mark. — Neunte Spalte 1/9 Mark. — Zehnte Spalte 1/10 Mark. — Elfte Spalte 1/11 Mark. — Zwölfte Spalte 1/12 Mark. — Dreizehnte Spalte 1/13 Mark. — Vierzehnte Spalte 1/14 Mark. — Fünfzehnte Spalte 1/15 Mark. — Sechzehnte Spalte 1/16 Mark. — Siebzehnte Spalte 1/17 Mark. — Achtzehnte Spalte 1/18 Mark. — Neunzehnte Spalte 1/19 Mark. — Zwanzigste Spalte 1/20 Mark. — Einmalige Anzeigen: 1 Mark. — Zweimalige Anzeigen: 1/2 Mark. — Dreimalige Anzeigen: 1/3 Mark. — Viermalige Anzeigen: 1/4 Mark. — Fünfmalige Anzeigen: 1/5 Mark. — Sechsmalige Anzeigen: 1/6 Mark. — Siebmalige Anzeigen: 1/7 Mark. — Achtmalige Anzeigen: 1/8 Mark. — Neunmalige Anzeigen: 1/9 Mark. — Zehnmalige Anzeigen: 1/10 Mark. — Elfmalige Anzeigen: 1/11 Mark. — Zwölfmalige Anzeigen: 1/12 Mark. — Dreizehnmalige Anzeigen: 1/13 Mark. — Vierzehnmalige Anzeigen: 1/14 Mark. — Fünfzehnmalige Anzeigen: 1/15 Mark. — Sechzehnmalige Anzeigen: 1/16 Mark. — Siebzehnmalige Anzeigen: 1/17 Mark. — Achtzehnmalige Anzeigen: 1/18 Mark. — Neunzehnmalige Anzeigen: 1/19 Mark. — Zwanzigmalige Anzeigen: 1/20 Mark. — Einmalige Anzeigen: 1 Mark. — Zweimalige Anzeigen: 1/2 Mark. — Dreimalige Anzeigen: 1/3 Mark. — Viermalige Anzeigen: 1/4 Mark. — Fünfmalige Anzeigen: 1/5 Mark. — Sechsmalige Anzeigen: 1/6 Mark. — Siebmalige Anzeigen: 1/7 Mark. — Achtmalige Anzeigen: 1/8 Mark. — Neunmalige Anzeigen: 1/9 Mark. — Zehnmalige Anzeigen: 1/10 Mark. — Elfmalige Anzeigen: 1/11 Mark. — Zwölfmalige Anzeigen: 1/12 Mark. — Dreizehnmalige Anzeigen: 1/13 Mark. — Vierzehnmalige Anzeigen: 1/14 Mark. — Fünfzehnmalige Anzeigen: 1/15 Mark. — Sechzehnmalige Anzeigen: 1/16 Mark. — Siebzehnmalige Anzeigen: 1/17 Mark. — Achtzehnmalige Anzeigen: 1/18 Mark. — Neunzehnmalige Anzeigen: 1/19 Mark. — Zwanzigmalige Anzeigen: 1/20 Mark.

Nummer 28 Halle (S.), 10. Juli 1926 2. Jahrgang

## Scherben.

Die lückenlose Fehlerkette — Der einsame Berg — Die kleine Geste — Die Psychologie des Herrn Reichskanzlers — Ruhs Flucht aus Moskau — Iwan der Grausame — Hermann Müllers Glück und Ende — Die antirepublikanischen Richter — Aufwertungsquote und Kaiserstandarte — Des Großadmirals Unmut — Der letzte Mann über Bord — Die Heimkehr des verlorenen Zentrumssohnes — Was nun? — Entrüstung über die Abführung — Der harmnächige Selbstmörder — Cail্লাur Wunderkästchen — Herrn Schachts Millarden — Pleite in Warschau — Der verfehlte Diktator.

Mit Stolz kann der deutsche Reichstag auf die geleistete Arbeit zurückblicken. Sieht man von dem deutsch-französischen und dem deutsch-dänischen Handelsvertrage ab, so ist nichts übrig geblieben, als ein gewaltiger Eberdenkmal. Und doch wird man dieses Ergebnis bei ruhiger Betrachtung nicht einmal lobauern können. Es war notwendig, war es unter der Vorgeschichte, daß die Atmosphäre durch dies Gewitter gereinigt worden ist. Die Schuldfrage dabei zu erörtern, ist nicht möglich, denn nur aus begangenen Fehlern lernt man bekanntlich, und wir stellen mit Genugtuung fest, daß alle Parteien einschließlich der Reichsregierung eine ausgezeichnete Gelegenheit haben, sehr viel zu lernen. Die Vergangenheit hat jedenfalls nicht den großen Befähigungsnaheweis erbracht. Man kann sogar sagen, es ist mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit kein Verstummen verhängt worden. Mit den Sozialdemokraten fing es an, die von dem richtig erkannten Wege abzuweichen, und die Kommunisten auf ihrem Marsch in die Sumpfe nicht allein zu lassen. Von den Fürsten predien wir in diesem Zusammenhang garnicht. Sie sind nur ihrer Tradition gefolgt und haben sich redlich bemüht, ihren Novemberberuf zu rechtfertigen. Was ihnen auch restlos gelungen ist. Die „Kölnische Zeitung“, die heute wieder einmal auf dem rechten Flügel der Volkspartei lämpft, hat den Hohenzollern den guten Rat gegeben, mit einer großen Geste die Frage zu erheben, und zürnte dann über Bedienten-Genugtuung, die die Zeichen der Zeit nicht verstanden habe. Ganz berechtigt ist der Vorwurf nicht. Herr von Berg, der Bevollmächtigte des Entkränkten, machte ein Angebot. Seder entfernte es sich sehr weit von der Wirklichkeit und wurde deshalb von der preussischen Regierung bandend abgelehnt. Die Geste blieb also nicht aus, aber groß war sie nicht. Man wollte martien, hat dem Volk zu geben, was des Volkes ist.

Da waren die Deutschnationalen anders. Mit Schadenfreude hatten sie gesehen, wie Marx in völliger Verblendung psychologischer Verhältnisse die Preisfestsetzung aufwärts und die Sozialdemokratie durch Drohungen, die nur überhaft gemeint waren, völlig in das radikale Lager trieb. Bezweifelt mehrte sich Hermann Müller. Er wollte retten, was zu retten ist. Aber Rosenfeld und Dovi hatten nur den einen Gedanken, zu zerstören, was zu zerstören war. Und ihre Schar schwoll an, wie das Hochwasser dieses Sommers. Es liegt offenbar eine fabelhafte Anziehungskraft in Moskau. Was ja übrigens auch Ruhs selber erfahren hat, die sich aus dem allein schlagenden Geschehen in das Land der verhassten deutschen Bourgeoisie hinüberschleift, verfolgt von dem großen Bannstrahl, der sie wie so viele treffen soll. Am das Beispiel auf die Höhe eines modernen Lustspiels zu erheben, hat Iwan Kab, der vor ihr Gehannte, die Standarte gegen Moskau erhoben. Ohne Sowieffern. Er will den Sozialismus von den Volkswirten befreien. Der linke Flügel der Sozialdemokraten scheint gewillt, in diese kassende Lücke zu treten.

Die Deutschnationalen jubelten jedenfalls, als von von Sojis die Ablehnung der Regierungsvorlage beschlossen wurde. Ihre Zeit war gekommen, und eines muß man anerkennen: sie hatten einen klugen Gedanken. Als alles verbracht und die bisherigen Geschäftsergebnisse klar lagen, reichten sie ihre Dierte ein. Zwar hatten sie noch vor wenigen Wochen erklärt, die Abführung sei eine Rechtsfrage, keine politische, aber in der Glut dieser Sankt- und Justiztage leidet das Gedächtnis. Auch sie waren plötzlich übergete, daß es sich um eine politische Angelegenheit handelte. Sogar ein Sondergericht wollten sie anerkennen, obwohl sie grundsätzlich jedes Sondergericht verwerfen, dessen Zusammenlegung nicht aus berechtigten deutschnationalen Richtern bestehen würde. Ihr Vertrauen in der Justiz ist mit Recht unerlöschlicher. Sie auch der Fall Großmann im Preussischen Richterverein zwingen beweist. Uebrigens nicht der Ausschluß, ihr den auch Republikaner stimmten, weil nach ihrer Auffassung der Senatspräsident die Formen verfehlt habe, aber der Grundpaß, daß Republikaner überhaupt nichts im Verein der auf die Republik vererdigten preussischen Richter zu suchen haben, hatte immerhin eine stattliche Hinterlist hinter sich. Darüber wird man noch des weitern zu reden haben.

Und weiter gingen die Deutschnationalen. Auch die Fürsten sollten nur die Aufwertungsquote erhalten, die anderen deutschen Staatsbürgern zugestimmt wurde. Es ist hübsch von der Partei, daß sie nicht wieder mit Aufwertungsversprechungen kam, die sie näher im Stich lassen mußte. Erfahrungen sprechen. Man war also gut Willens und guter Hoffnung. Aber ein kluger Gedanke verlangt auch eine kluge Verhinderung. Man fandte Graf Westarp vor. Ausgezeichnet legte er alles dar, um dann mit einer genialen Wendung die Kaiserstandarte aufzukapfen. Und ein Schauer überfiel die Mannen an seiner Seite. Herr von Tirpitz schlug erst auf den Tisch. Er, der ja nach dem Kriege unter die Sozialdemokraten gehen wollte und sich nur in der Richtung irrte, hat mit den Hohenzollern endgültig abgeschlossen. Nach seinen lebenswichtigen Denkwürdigkeiten vermittelte auch die Hohenzollern mit ihm. Der treue Diener seines Herrn wurde dem Herrn lästig. Distraction Ehrenschade. Doch nicht nur Tirpitz schüttelte das greise Haupt. Auch Jonit sah man in erstarre und verdühte Gesichter. So war es nicht gemeint. Graf Westarp aber sah nicht, was er sprach und plätscherte lustig weiter in dem Timpel. Nur seine Partei ist noch hinterin der monarchischen Tradition. Ohne Auftrag legte er also für seine Partei ein republikanisches Glaubensbekenntnis ab. Und niemand widersprach ihm. Williger konnten die Mannen des Reichsaußenministers den monarchischen Pfänder nicht los werden. Sie haben jetzt ein Zeugnis von berufenen Seite, daß sie auf dem Boden des lebenden Gegenwartstaates stehen.

Graf Westarp bilies dann die Friedensschmelze. Bürger aller Parteien, vereinigt Euch. Wobei er den Ton auf „Bürger“ legte, nicht auf „alle“. Zu deutlich war die Kampfanlage gegen links. Herr Koch und Herr von Guericke, die schon mit Scholz und Leicht zusammen standen, um höhere Strategie zu treiben, die angesichts dieses Wohlwollens notwendig geworden war, zogen sich bescheiden auf ihre Plätze zurück. Dieser Graf entgelte ihnen sehr gelegen. Er hatte wie der selbige Zettel im „Sommerabendstraum“ die Höflichkeit abgestreift und in den Saal hineingerufen: „Ich bin ja gar kein Löwe“, was ihm jeder auch glaubte.

Das Geleß fiel, nein, es wurde von der Regierung zurückgezogen, weil sie auf seiner Erledigung unbedingt bestand. Dafür nahm sie das Sperrgesetz an, auf das sie keinen Wert legte. Wir werden sehr viel Eis verbrauchen, um das Kabinett zu iondervieren, sonst schmilzt es uns vor der Zeit fort. Durch das Zentrum aber geht ein Geranne. Der letzte Mann über Bord. Hilfslosend sieht man sich nach einem neuen Kapitän um, und es war nur gut, daß der Parteiausißig schon am nächsten Sonntag zusammentrat. So könnte man Herrn Dr. Wirth Ehrenparten hauen, und dieser Sohn des Schwarzmarktes ging durch die weitgefächerte Tür in die Fraktion zurück. Als Triumphtor. Ihm wurde vergeben, doch darauf kam es nicht an, man hangte nur, ob auch er vergeben würde. Selbst Herr Stegerwald bemühte sich, die schwarzrot-goldene Fahne zu hissen, und er machte keinen gegrehten republikanischen Herren Luft. Auch Herr Herold schmeig wohlgefällig und nicht Beifall. Wenn das Zentrum eine Schlappe erleidet, wird es sofort das Steuer um. Von weitem aus gesehen, wirkt diese Gondelsahrt wie ein Kreis. Man wirft sehr häufig das Ruder um.

Der Bürgerblock ist zerstückelt, die Jüden nach links und abgeführt, und unter den Demokraten scheitern gerade die linksstehenden Elemente am lautesten über die Sozialdemokratie, die zum dritten Male in einer Lebensfrage verlagert hat. Was nun? Vier Monate Zeit werden auch die stürmenden Gedanken zur Ruhe bringen, und wenn im Herbst der Wallotbau sich wieder füllt, dann knüpfen aus fröhliche Ende den fröhlichen Anfang wir an, dann ist das alte Schuldkonto gestrichen, und man kann mit neuen Ansehen beginnen. Nur eine Politik hat sich bewährt, die der Mitte. Und sie wird die Führung zu übernehmen haben. Geht sie gleichwohl und unerlöschlich ihren Weg geradeaus, dann wird man rechts und gerade mit Donnerstimme, seinen Beifall murmeln, und die Gegenpieler des Grafen Westarp, es sind ihrer sehr viele, werden es der Mitte danken, daß sie Deutschland zugleich vor den Westarp und den Rosenfeld gerettet haben.

Den Dant werden sie sicherlich wieder in Worte kleiden, die nur gewisse Gerichte nicht als Beleidigung ansehen. So wären wir also aus der inneren Politik heraus, und das ist gut, denn nun müssen die Vorbereitungen für Genuf getroffen werden. Schon hat man leise an die Türen angeknipst. Noch einmal befreigt man ein Antend des Schiff nicht. Erst müssen die anderen zeigen, daß es sich über Wasser hält. Die Erfahrungen mit der Abführungskommission laden allerdings nicht sonderlich. Es ist geradezu fabelhaft, mit welcher Geschicklichkeit man alle Beschlüsse vermindert, die auf eine Einschränkung hinauslaufen, und wir fühlen es den Amerikanern nach, daß es mit wachsendem Mißtrauen und Unwillen dieses Europa bestrahlen, das sie zu retten ausgezogen sind, und das als hartnäckiger Selbstmörder nach dem entwandenen Dolch zum Gift und nach dem entwandenen Gift zum Strid greift. Man könnte den alten Ertel sich selber überlassen, wenn man nicht so viel Kapital in ihn investiert hätte, aber die Geschäftsbücher der Wallstreet drängen nach immer neuen Rettungsversuchen.

Am hartnäckigsten ist natürlich Frankreich, schon weil es ausländische Hilfe am dringenden begehrt. Es liegt etwas von bewundernswürdigen Trotz in dieser Haltung. Man will zu blauen und schaut nur ängstlich auf, ob die erhoffte Wirtung eintritt. Sogar das Schuldabkommen lehnte man ab, in der sicheren Erwartung, daß man daraufhin erst recht Kredit bekommt. Ach, wie so früher, verzwweifelt ringt Cail্লাur um die Seele seines Landes, um die Seele seines Landes, um die Seele seines Landes.

Indirekte Steuern sind etwas der Würdigezial nicht entziehen der Reichs rechts der sich in der Aufhebung der deutschen Staatspräsident wird wohl als Vertrauen erbrete Millarden, und der selbst gebracht, zu Rat erbitten, so ungenommen. Wir für Frankreich nicht die Politik stabilisieren unsere freundschaftliche Abführung, Wirtschaftsbündnis die Umfang.

Darüber sollen wir uns ergriffen, wie in Polen ist es immer, den man beschrieb, meinte angam aber sicher, über ein etwas damit die ständige aufhören? Das hätte denn den Vorteil, daß man das Militär abschaffen kann, womit man den Etat entlastet. Gegen schlechte Finanzen hilft nur eine Politik der Unabhängigkeit und des guten Willens. Diktatoren müssen auch nicht, worüber Spanien wohl in den nächsten Tagen noch einiges zu sagen haben wird. Da zu einer Diktatur Verhältnisse gehören von ganz großem Format, so scheitert sie von selbst. Wir würden Spanien auch nicht helfen können, wenn nicht Herr Piller oder Kab oder gar Lubodorf hinüber schickten, wozu wir theoretisch gern bereit sind. R. Man.

Die Demokraten zur politischen Lage. Der „Demokratische Zeitungsdienst“ verbreitet folgende Kundgebung:

Die Deutsche Demokratische Partei hat rechtzeitig auf die Notwendigkeit hingewiesen, durch die sich eine gesunde Grundlage für die Auseinandersetzung zwischen Fürstentum und Staat zu finden. Davon ging sie immer von der Auffassung aus, daß Vermögenswerte, die die Fürsten kraft ihrer Souveränität mit Mitteln der Staatsgewalt erworben haben und die sie nur als Souveräne brauchen, nicht als Privateigentum betrachtet werden können. Die Sonderstellung, die die Fürsten vor dem Jahre 1918 innegehabt haben, hat es

